

Marsch zum Bundesverfassungsgericht "Karlsruhe wehrt sich" am 2. Dezember 2016

Erarbeitet von Mitgliedern des Karlsruher 'Netzwerks gegen Rechts'
karlsruhe-gegen-rechts.de (Mediencenter)

Am 14. November fand in Berlin ein sogenannter *Integrationsgipfel* statt. Angela Merkel und verschiedene Integrationsverbände hatten sich getroffen und als Konsens die bereits seit Mitte 2015 bestehenden Pläne¹ für eine Grundgesetzänderung in einem "Impulspapier" unterstützt: Eine Erweiterung von Paragraph 20/20a um einen Paragraphen 20b mit dem Wortlaut: "*Die Bundesrepublik Deutschland ist ein vielfältiges Einwanderungsland. Sie fördert die gleichberechtigte Teilhabe, Chancengerechtigkeit und Integration aller Menschen.*"

Die *Epoch Times* schrieb über das "Impulspapier" und 'patriotische' Kritik an ihm:

"Dadurch soll in der Verfassung verankert werden, dass Deutschland ein vielfältiges Einwanderungsland ist und alle staatlichen Ebenen zur Umsetzung dieses Staatsziels verpflichtet sind", erklärte das Impulspapier dazu. Außerdem nennt es vier Veränderungsziele, die verschiedene gesellschaftliche und politische Bereiche umfassen. Diese sind: „1. Vielfalt und Teilhabe als gelebte Grundüberzeugungen; 2. Teilhabe bei der interkulturellen Öffnung; 3. Gleichberechtigte Teilhabe in Entscheidungsfunktionen; 4. Gleichberechtigte Teilhabe bei Leistungen".

Vera Lengsfeld, Ex-CDU-Abgeordnete und Einwanderungskritikerin, spricht von einem geplanten "Staatsstreich" und sieht in den Vorschlägen den Beginn der „Abschaffung der alten Bundesrepublik“. (...) Sie kritisierte auf ihrem Blog: „Von Integration ist in diesem Papier nicht mehr die Rede, nur noch von „interkultureller Öffnung“ der Gesellschaft und ihrer Organisationen und Institutionen.“ Man wolle „Verteilungskämpfe“ verhindern zwischen denen, die immer da waren und denen, die neu hinzukommen. Lengsfeld kritisierte überdies, dass das Papier nur Forderungen enthalte, aber mit keinem Wort von Migranten einen Beitrag zur Gesellschaft verlange: „Im Klartext sind das Forderungen nach bedingungsloser Überlassung von Geldern und Schlüssel-funktionen, sowie nach einer eigenen bürokratischen Struktur auf allen Ebenen. In der Wirtschaft würde man bei einem solchen Ansinnen von einem feindlichen Übernahmeversuch sprechen“, so Lengsfeld. In dem Papier sei außerdem nicht mehr von Flüchtlingen die Rede, die Schutz suchen, sondern von Zuwanderern.

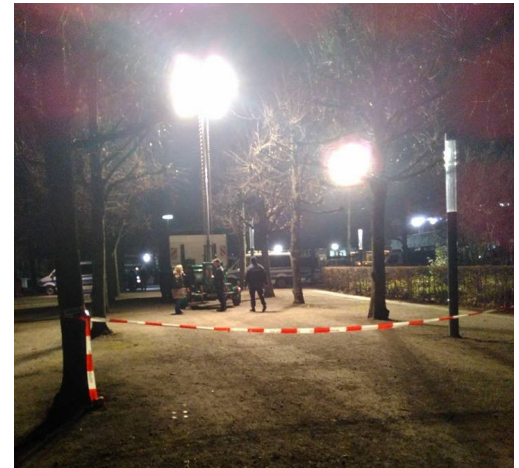
Der "Marsch zum Bundesverfassungsgericht" am 2. Dezember unter dem Motto "Kein Staatsziel 'Multi-Kulti' ins Grundgesetz" sei laut Ester Seitz als Protestform notwendig gewesen, da "in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht ausführlich" über die Pläne zum angedachten Paragraph 20b berichtet worden sei². Zudem seien die wahren Hintergründe der Pläne verschwiegen worden: Nämlich eine geplante Kriminalisierung aller, die "Multikulti bekämpfen, als Staatsfeinde".

1 <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-fuer-ein-anderes-grundgesetz-1.2688091>

2 <https://www.youtube.com/watch?v=bBGtrxtsBxc>

Alois Röbosch (REP-Stadtrat in Speyer) kümmerte sich wie gewohnt um die Technik und die jungen Männer vom *Bündnis Deutscher Patrioten*, die über 'Fellbach wehrt sich' nach Karlsruhe kamen, waren die Ordner. Hinsichtlich der Fahnen ging es dieses Mal gesittet zu: Zwei Kreuzritterfahnen und eine „Kaiserliche Kriegsflagge“ (bis 1921 gültig) - ansonsten nur BRD-Fahnen. Unter den gezeigten Transparenten war erstmals seit langem wieder jenes mit der Aufschrift „Kein Asylort wo Abtreibungsmord“: Vor einigen Monaten hatte ein älterer Herr am Offenen Mikro gesprochen und gefordert, man solle Abtreibung von „deutschen Kindern“ verbieten und den Müttern viel Kindergeld geben. Dann gäbe es wieder „genug Deutsche“ und das Argument, Deutschland brauche Einwanderung, würde haltlos werden. Zu diesem Transparent gehörte eine etwa zehnköpfige Gruppe von SeniorInnen, die beim „Marsch“ in tiefschwäbischer Mundart mitskandierten.

Der „Marsch“ begann um 19.15 Uhr auf dem Stephanplatz. Es fanden sich etwa 70 Marschierende ein, die von etwa 200 GegendemonstrantInnen empfangen wurden. Die Marschierenden wurden über die Akademiestraße zum BVG geleitet, die GegendemonstrantInnen nahmen bei einer Spontandemo den Umweg über den Weihnachtsmarkt. Um 20 Uhr traf man sich am östlichen Zipfel des Schlossplatzes auf unterschiedlichen Seiten eines Flatterbands wieder.³



Die Polizei nutzte ihre mobile Flutlichtanlage und filmte die Gegendkundgebung pausen- wie anlasslos ab. Zum Thema des Abfilmens von antifaschistischen Kundgebungen durch die Polizei hat Jörg Rupp auf seinem Blog einen Artikel mit der Überschrift „Nachklapp zu *Nokargida* am 7. Oktober: Die Polizei sagt nicht die Wahrheit“ veröffentlicht.⁴

Der einzige Redner der Kundgebung von '*Karlsruhe wehrt sich*' war „Matthias“. Ende Oktober 2016 war er bei '*Fellbach wehrt sich*' erstmals in Erscheinung getreten, am Offenen Mikro. Seitdem gehört er zum Inventar von '*Karlsruhe wehrt sich*'. Seine Rede bot einen Überblick über die aktuellen verschwörungstheoretischen Thesengeflechte. Auszüge im Wortlaut:⁵

Anfang diesen Jahres hat der bekannte Staatsrechtler Professor Schachtschneider hier beim Bundesverfassungsgericht Klage eingereicht, und zwar gegen die Asylpolitik der Merkelregierung. Viele ehemalige Verfassungsrichter haben seine Einschätzung geteilt, nämlich dass Merkel das Grundgesetz missachtet hat und wesentliche demokratische Prinzipien außer Kraft gesetzt wurden. Diese Klage wurde im Februar 2016 vom Bundesgerichtshof abgelehnt [also gar nicht erst zugelassen]. Die Richter haben sich also einfach geweigert, sich damit auseinanderzusetzen. [Dies zeigt,] dass die Kontrollmechanismen eines funktionierenden Rechtsstaats, zumindest teilweise, nicht mehr funktionieren: Nämlich eine von der Politik unabhängige und in diesem Sinn auch handlungswillige Justiz. [Denn die BundesverfassungsrichterInnen] werden von den Parteien gewählt, sie sind nur auf dem Papier unabhängig. In Wirklichkeit sind sie Abhängige des etablierten Herrschaftssystems.

3 www.facebook.com/karlsruhe.gegen.pegida/photos/a.277754872348363.1073741827.277753532348497/435021673288348/?type=1&theater

4 joergrupp.de/nachklapp-zu-nokargida-am-7-oktober-2016-die-polizei-sagt-nicht-die-wahrheit

5 <https://www.youtube.com/watch?v=I9GNG9ipCTA>

Viele Bürger leben immer noch in dem naiven Glauben, dass Merkels Asylpolitik eine humanitäre Notwendigkeit war [oder eine entschuld- und korrigierbare politische Fehleinschätzung]. Aber die verhängnisvolle Entwicklung, die sich seit 2015 beschleunigt hat, wird von mächtigen Akteuren betrieben und ist von langer Hand geplant. Das sind keine nebulösen Verschwörungstheorien, sondern das ist durch Fakten belegbar.

Thomas Barnett ist Globalisierungsbefürworter und war Chefstrategie im US- Außenministerium. In seinen Büchern [±/ 2006] enthüllt er schonungslos seine Pläne: Um Europa zu destabilisieren und als Konkurrenten auszuschalten, sollen Flüchtlingsströme erzeugt werden. (...) Syrien, Libanon, Kriege überall. In der Ukraine, im Irak - und überall mischen die CIA und die USA mit. Das passt wunderbar zu den Plänen⁶ des Herrn Barnett Zweites Beispiel: Der US-Multimilliardär George Soros. Er unterhält eine ganze Truppe von Stiftungen: Die Open Society Foundation. (...) Mit seinem Stiftungsnetzwerk fördert er aktiv die illegale Einwanderung nach Europa. Pro Jahr macht er für seine Globalisierungsziele mehrere hundert Millionen US-Dollar locker. Und dieses Geld fließt an die Organisationen der Asyllobby und sichert ihnen Handlungsfähigkeit und großen politischen Einfluss.⁷

In die gleiche Richtung geht ein EU-Projekt, das sich 'Neuansiedlungsrahmen' nennt und im Juli 2016 vorgeschlagen wurde. [Der Vorschlag] sieht vor, dass legale Migrationswege geschaffen werden, um Flüchtlingen eine sichere und geordnete Neuansiedlung in Europa zu ermöglichen. Es ist überhaupt nicht beabsichtigt, die Abermillionen, die seit Jahren nach Deutschland und Europa fluten, nach Wegfall der Asylgründe wieder heimzuschicken. Im Gegenteil.

Und so erklären sich plötzlich die niedrigen Abschiebequoten, die schon lange Jahre im einstelligen Bereich unter 5 Prozent sind ... oder die EU-Operation 'Sophia' im Mittelmeer. Marine-Einheiten der EU-Staaten machen sich unter dem Vorwand humanitärer Hilfe zu den Handlangern der illegalen Schlepperbanden und geleiten Flüchtlingsboote nach Europa. Genau so schafft man sichere Migrationskorridore fuer illegale Einwanderer. (...) Alles Aspiranten für den EU-Neuansiedlungsplan. (...)

Beim Integrationsgipfel [am 14. November] ging es in letzter Konsequenz darum, Multikulti als Statsziel im Grundgesetz zu verankern, damit alle staatlichen Institutionen zur Umsetzung dieses Ziels verpflichtet sind, und um abermillionen Euro locker zu machen, um die Beschäftigten in der Migrantbürokratie und in der Migrationsindustrie zu beschäftigen.

Wer den Masterplan einmal durchschaut hat, dem bietet sich einer erschreckende Zukunftsvision: Uns ist von den Mächtigen das Schicksal zugeordnet, durch Umvolkung zur Minderheit im eigenen Land zu werden. 'Offene Gesellschaft', 'Vielfalt', 'Willkommenskultur', 'Multikulturelle Bereicherung' ... diese hohlen Phrasen dienen nur dazu, die Ahnungslosen weiterhin einzulullen. Und wenn es nach den radikalen Vertretern des Islamisten geht, der sich flächendeckend in Europa ausbreitet, dann werden wir zuletzt nicht mehr nur Bürger zweiter Klasse sein, sondern Unterworfenen: Das heißt, eine Minderheit ohne Rechte.

Und nun, da wir hier so zahlreich erschienen sind, wollen wir die Herren Verfassungsrichter symbolisch an ihre Pflichten erinnern. Wir klagen wegen Hochverrats an: Merkel und Komplizen in der Regierung. Sie haben den Amtseid gebrochen, das Grundgesetz missachtet, Grenzkontrollen verhindert und so durch kontinuierlichen Rechtsbruch einen Staatsstreich von oben durchgeführt. Wir klagen an: Alle Abgeordneten im Bundestag. Sie haben es unterlassen, ihre Kontrollfunktion auszuüben und durch ein Misstrauensvotum diesen Staatsstreich zu verhindern. (...) Wir klagen an: Die Granden der EU. Ohne demokratische Legitimation betreiben sie ein Neuansiedlungsprogramm mit dem Ziel, die Identität der europäischen Nationalstaaten auszulöschen. Sie sind die Erfüllungsgehilfen der internationalen Globalisierungslobby. Und nicht zuletzt klagen wir die Verantwortlichen beim Staatsfunk an. Sie erfüllen den satzungsgemäßen Informationsauftrag nicht, sondern sabotieren eine objektive und vollständige Berichterstattung. Sie betreiben vorsätzlich Staatspropaganda und Volksverdummung.

6 <http://www.konjunktion.info/2015/04/geopolitik-die-globalisierung-als-schluesel-der-weltweiten-us-dominanz/>

7 http://www.spiegel.de/thema/george_soros/

Nach ihrer Kundgebung mussten die Teilnehmenden von 'Karlsruhe wehrt sich' noch fast eine Dreiviertelstunde warten. Die GegendemonstrantInnen hatten durch friedliches Stehen bzw. Sitzen die möglichen Abreisewege besetzt. Nur mit viel Geschick gelang es der Polizei, kleine Personengruppchen nach und nach diffundieren zu lassen. Ester Seitz wollte in ihrem Auto als eine der ersten verschwinden, musste dann aber, nach drei vergeblichen Versuchen, bis zuletzt warten. Sie bewertete diese Blockade später auf Facebook⁸ als perfide Zusammenarbeit der "Karlsruher Antifa-Terrortruppen" und der BRD-"Regierung". Es ist jedoch nicht nachvollziehbar, warum sie von einem Staat geschützt werden will, den sie durch eine Fusion aller nationalistischen Kräfte rechts/links der AfD abschaffen will.



Auf der Gegenkundgebung zeigten der Pappoberbürgermeister und sein Papiergemeinderat wie gewohnt geschlossene Präsenz⁹. Ein nach wie vor wichtiges und deutliches Zeichen, will Karlsruhe als *Residenz des Rechts* und *Stadt der Toleranz* ernst genommen werden.

Tuesday Night Fever kommentierte auf Facebook:¹⁰

Was die Nazis von "Karlsruhe wehrt sich" von unserem Rechtsstaat und unserer Staatsform halten, tun sie seit 2 Jahren regelmäßig kund. (...) Eine berechnete Frage ist, warum die Stadt Karlsruhe dem Nazi-Treiben immer noch tatenlos zuschaut. Kein Aufruf, sich den Feinden der Demokratie entgegen zu stellen. Weder Oberbürgermeister Mentrup noch der Gemeinderat zeigen Flagge. Anscheinend ist man im Rathaus der Meinung, dass sich das Naziproblem von alleine löst, wenn man es aussitzt. Wie gut das funktioniert, sehen wir alle 2 Wochen.

Der Anfang vom Ende ?

Wie von ihr vorab angekündigt, zog Ester Seitz am 4. Dezember nach Meißen um: Ein "neuer Lebensabschnitt" beginne¹¹ nun für sie. Sie ist damit zumindest räumlich dem Herzen des 'nationalen Widerstands' (Dresden) näher gekommen. Und es ist durchaus möglich, dass sie die Kundgebungsreihe "Karlsruhe wehrt sich" nun aus angeblichen Zeitgründen aufgeben und an eine neue Crew weitergeben wird. Vielleicht schon am 18. Dezember bei der nächsten Kundgebung.

8 <https://www.facebook.com/esterseitz.ger/posts/362911470713423>

9 <https://www.facebook.com/TNFever/photos/pcb.1812131022331755/1812130955665095/?type=3&theater>

10 <https://www.facebook.com/Tuesday-Night-Fever-166935533275992/>

11 www.facebook.com/esterseitz.ger/photos/a.152834145054491.1073741829.121524344852138/363700680634502/?type=3&theater